

Bericht der Finanzkommission an den Landrat

betreffend Beteiligungsbericht 2019

2019/594

vom 18. November 2019

1. Ausgangslage

Nach der Gesetzgebung über die Beteiligungen verfasst der Kanton einmal jährlich einen Beteiligungsbericht über sämtliche Beteiligungen (§ 15 Abs. 1 PCGV). Der Regierungsrat übt die Aufsicht über die Beteiligungen aus und beschliesst über den Beteiligungsbericht (§ 9 Abs. 1 Bst. b PCGG). Der Landrat übt die Oberaufsicht über die Beteiligungen aus und nimmt den Beteiligungsbericht zur Kenntnis (§ 10 Abs. 1 und Abs. 2 Bst. b PCGG).

Der Beteiligungsbericht behandelt Beteiligungen, die ausgelagerte Kantonsaufgaben erfüllen. Als Beteiligung gelten Institutionen in Form von öffentlich-rechtlichen Anstalten oder solche in einer Gesellschaftsform gemäss Obligationenrecht oder Spezialgesetz, bei welchen der Kanton Einfluss auf die Besetzung des strategischen Führungsorgans nehmen kann (§ 2 PCGG).

Per 31. Dezember 2018 führte der Kanton 32 Beteiligungen im Verwaltungsvermögen (Ende 2017 vor Inkrafttreten des PCGG: 38). Im Jahr 2018 brachten die Beteiligungen dem Kanton Einnahmen von ca. CHF 141 Mio., was einen Anteil von 5 % am Gesamtertrag gemäss Jahresrechnung 2018 ausmacht. Die Beteiligungen verursachten dem Kanton Ausgaben von ca. CHF 498 Mio., was einem Anteil von 18 % am Gesamtaufwand ausmacht. Bei den Einnahmen entfällt mit rund 70 % der grösste Anteil auf die Basellandschaftliche Kantonalbank (CHF 53,6 Mio.) und die Schweizerische Nationalbank (CHF 45,3 Mio.), bei den Ausgaben sind es mit rund 84 % die Bildung (Universität Basel und Fachhochschule Nordwestschweiz, CHF 233 Mio.), die Spitalbetriebe (Kantonsspital Baselland und Psychiatrie Baselland, CHF 163 Mio.) und der öffentliche Verkehr (Baselland Transport AG und Autobus AG, CHF 20 Mio.).

Als strategische Beteiligungen stuft der Regierungsrat die folgenden ein:

- Baselland Transport AG
- Basellandschaftliche Gebäudeversicherung
- Basellandschaftliche Kantonalbank
- Basellandschaftliche Pensionskasse
- EuroAirport Basel-Mulhouse
- Kantonsspital Baselland
- Psychiatrie Baselland
- Schweizerische Rheinhäfen
- Sozialversicherungsanstalt Baselland
- Universität Basel
- Universitäts-Kinderspital beider Basel.

Der Regierungsrat ortet finanzielle Risiken beim Kantonsspital Baselland, bei der Messe Schweiz und bei der Universität Basel. Politische Risiken sieht er beim EuroAirport Basel-Mulhouse, beim Kantonsspital Baselland und bei der Schweizer Salinen AG. Die Risikosituation erfordert aus Sicht des Regierungsrats jedoch keine unmittelbaren Massnahmen.

Für Details wird auf die [Vorlage](#) verwiesen.

2. Kommissionsberatung

2.1. Organisatorisches

Die Finanzkommission beriet die Vorlage am 23. Oktober 2019 in Anwesenheit von Regierungsrat Anton Lauber, Finanzverwalter Tobias Beljean und Barbara Gafner, Vorsteherin der Finanzkontrolle. Eva Muttенzer, Controllerin der Abteilung Finanzplanung und Controlling, FKD, stellte ihr das Geschäft vor.

2.2. Eintreten

Eintreten war in der Kommission grundsätzlich unbestritten. Ein Kommissionsmitglied votierte allerdings zuerst gegen Eintreten. Es hielt fest, es sei nicht sinnvoll, im Beteiligungsbericht eine zu positive Darstellung des Beteiligungsportfolios zu geben. Dem Landrat solle ermöglicht werden, über dieses Thema zu diskutieren. Dem wurde entgegengehalten, es seien zwei unterschiedliche Fragen, ob man nicht eintreten wolle oder ob man mit Teilen des Berichts nicht einverstanden sei. Weiter wurde argumentiert, die interessierenden Detailfragen könnten in der Kommission besser vertieft werden als im Landrat. Das betreffende Mitglied sah daraufhin von seiner Gegenstimme zum Eintreten ab.

Die Kommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen bei einer Enthaltung, auf die Vorlage einzutreten.

2.3. Detailberatung

In der Kommission sorgten insbesondere die Beteiligungen Messe Schweiz, Kantonsspital Basel (KSBL) und Basellandschaftliche Kantonalbank (BLKB) für Diskussionen. Im Zentrum standen dabei Fragen rund um die Risikoeinschätzung aus Sicht des Kantons.

Der Regierungsrat ortet bei der Messe Schweiz finanzielle Beteiligungsrisiken, da sich die Rückzahlung eines zinslosen Darlehens über CHF 30 Mio. verzögern wird. Dazu wurde aus der Kommission festgehalten, der Beteiligungsbericht hätte aufzeigen sollen, mit welchen Aktivitäten sich der Kanton um eine Verbesserung der Eigenkapitalquote der Messe Schweiz bemüht, um eine baldige Rückzahlung des Darlehens zu erreichen. Die Kommission stellte dabei allerdings fest, dass das im Verwaltungsrat vertretene Regierungsmitglied eine schwierige Aufgabe hat. Als Verwaltungsratsmitglied muss es das Überleben des Unternehmens sichern. Als Regierungsmitglied dagegen muss es die Erhöhung der Eigenkapitalquote priorisieren, was den Geschäftsinteressen des Unternehmens zuwiderlaufen könnte. Vor diesem Hintergrund wurde als wichtig erachtet, dass der Regierungsrat seiner Vertretung im Verwaltungsrat einer Beteiligung klare Prioritäten mitgibt.

Keine Risiken sieht der Regierungsrat hingegen bei der BLKB, was in der Kommission ebenfalls zu Fragen führte. Diese Risikoeinschätzung berücksichtige nicht, dass bei der Kantonalbank sehr viel im Umbruch sei (Strategie, Change-Prozess usw.). Zudem wurde gemutmasst, das Risiko sei eher allgemein eingeschätzt worden, als dass dazu das Schadensausmass und dessen Eintrittswahrscheinlichkeit im Detail analysiert und beides einander gegenübergestellt worden sei. Die Direktion entgegnete, die BLKB verfüge über eine sehr gesunde Bilanz und Erfolgsrechnung. Es gebe keine Anzeichen, dass die Staatsgarantie greifen müsste. Dies sei bei der Risikoanalyse bewertet worden. Die Bank müsse sich im aktuellen Umfeld zwar fragen, wie sie ihre Rendite halten kann. Es sei aber verfehlt, dies als existentielle Gefährdung zu bezeichnen, auch weil die Eintrittswahrscheinlichkeit der damit verbundenen Risiken aktuell sehr klein sei. Im Allgemeinen solle eine Beteiligung nicht als «orange» oder «rot» eingestuft werden, nur, weil sie an ihrer Strategie arbeitet. Der Ampelstatus «grün» bedeute, dass über die mit dem Beteiligungscontrolling verfügbaren Führungsinstrumente hinaus kein Handlungsbedarf besteht.

Am Beispiel des KSBL schliesslich wurde noch in grundsätzlicher Hinsicht über das Ampelsystem der Risikoeinschätzung diskutiert. Aus den Reihen der Kommission wurde argumentiert, dass die Situation des Kantonsspitals eigentlich dem Ampelstatus «rot» entspreche, denn es bestehe dringender Handlungsbedarf. Dem stimmte die Direktion zwar in gewisser Weise zu, hielt aber gleich-

zeitig fest, dass der Regierungsrat in Zusammenarbeit mit dem Verwaltungsrat die entsprechenden Schritte bereits eingeleitet habe. Das Signal, das mit dem Ampelstatus «rot» ausgesendet würde, wäre daher nicht korrekt. Denn es würde suggerieren, dass bisher nichts unternommen wurde. Darauf wurde aus der Kommission entgegnet, auch der Ampelstatus «grün» sende gewisse Signale. Deshalb dürfe eine Beteiligung, bei der strategische Probleme bestehen, nicht als «grün» eingestuft werden. Trotz dieser Vorbehalte sprach sich die Kommission schliesslich dafür aus, das Ampelsystem bis auf weiteres in unveränderter Form beizubehalten. Dies auch, weil das System nicht jedes Jahr angepasst werden sollte. Man müsse sich einfach bewusst sein, dass die Ampelfarbe – unter Berücksichtigung der Verantwortung, die der Kanton seinen Beteiligungen gegenüber trägt – mit einem gewissen Filter angegeben werde.

Eine grundsätzliche Anregung aus der Kommission für künftige Beteiligungsberichte war, bei börsenkotierten Unternehmen die Entwicklung der Börsenbewertung ins finanzielle Reporting aufzunehmen. Denn das gesamte Handeln müsse auf die Werthaltigkeit ausgerichtet sein. Die Entwicklung der Börsenwerte über einen längeren Zeitraum hinweg sei dafür ein guter Indikator.

Unabhängig vom Beteiligungsbericht nahm sich die Kommission schliesslich vor, sich in den kommenden Monaten vertiefter mit Beteiligungen auseinanderzusetzen.

3. Antrag an den Landrat

Die Finanzkommission beantragt dem Landrat mit 11:0 Stimmen bei einer Enthaltung Kenntnisnahme des Beteiligungsberichts 2019.

18.11.2019 / cr

Finanzkommission

Florence Brenzikofer, Präsidentin